

28. April 2014

---

*Pressemitteilung*

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* veröffentlicht ihr  
MEMORANDUM 2014

**Kein Aufbruch – Wirtschaftspolitik auf alten Pfaden**



---

*Pressemitteilung kurz:*

Die deutsche Politik steht vor entscheidenden Herausforderungen: Nicht nur die Straßen sind marode und müssten repariert werden, auch in anderen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur ist Handlungsbedarf festzustellen. „Wir müssen jetzt Geld in die Hand nehmen und in den Verkehrsbereich, die Schulen und Hochschulen, die kommunale Versorgung, den Energiebereich und vieles mehr investieren – wenn wir den nachfolgenden Generationen nicht eine desolate Infrastruktur hinterlassen wollen“ fordert Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup. Das kleine Plus bei den Steuereinnahmen reicht da nicht aus. „Notwendig ist eine umfassende Steuerreform, die die öffentlichen Haushalte stärkt!“ verlangt Prof. Dr. Mechthild Schrooten und ergänzt: „Eine Vermögensteuer und eine Vermögensabgabe, eine Finanztransaktionssteuer ebenso wie ein Altschuldenfonds für die Bundesländer könnten Wunder wirken und Spielräume für einen nachhaltig soliden Staatshaushalt schaffen.“ Darüber hinaus fordert die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* eine Reform der Erbschafts-, der Körperschafts- und der Einkommensteuer, die Einführung einer Gemeindefinanzsteuer und auch die längst überfällige Abschaffung der pauschalen Besteuerung von Kapitalerträgen.

Um die Kaufkraft zu stärken sollte der öffentliche Dienst ein Beispiel setzen und für eine gute Bezahlung seiner Beschäftigten sorgen. „Höhere Löhne – im öffentlichen Bereich und in der Privatwirtschaft – kombiniert mit intelligenten Formen von Arbeitszeitverkürzung schaffen die Basis für eine solide Wirtschaftsentwicklung“ stellt Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup fest. „Wenn die Binnennachfrage gestärkt wird, verringern sich auch die schädlichen Ungleichgewichte in Europa – und das trägt zur Entschärfung der europäischen Probleme bei“ erklärt Prof. Dr. Mechthild Schrooten und ergänzt: „Für die Zukunft entscheidend ist aber auch, dass das TTIP nicht einfach so durchgewunken wird.“

---

*Pressemitteilung lang:*

## **Deutschland nach der Wahl**

Im Herbst 2013 sah es so aus, als stünde Deutschland vor einer wirtschaftspolitischen Richtungsentscheidung. Die drei Oppositionsparteien waren zur Bundestagswahl angetreten, um mit Steuererhöhungen für mehr öffentliche Investitionen zu sorgen und durch mehr Regulierung auf dem Arbeitsmarkt drängende Probleme des Landes zu lösen. Diese waren eigentlich nicht zu übersehen:

- Die Arbeitsmärkte sind nach wie vor durch Massenarbeitslosigkeit und ein dramatisch hohes Ausmaß an prekärer Beschäftigung geprägt.
- Die öffentliche Infrastruktur verfällt – die Investitionen reichen nicht einmal für den Erhalt des öffentlichen Kapitalstocks.
- Die Steuereinnahmen steigen in absoluten Zahlen zwar an – reichen aber nicht, um den Investitionsstau aufzulösen und den vorgeschriebenen Schuldenabbau voranzutreiben. Die Steuerquote ist vor dem Hintergrund der anstehenden Aufgaben (und damit Ausgaben) nach wie vor zu niedrig.
- Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hängt nach wie stark vom Exportüberschuss ab. Aufgrund der schwachen Lohnentwicklung ist die Binnennachfrage zu gering.
- Die Energiewende als ein Kernprojekt der ökologischen Erneuerung droht unter die Räder zu kommen.
- Die Verteilung der Vermögen zeigt eine nie dagewesene Schieflage.
- Die Lohnquote stagniert auf niedrigem Niveau, und die Armut im Land nimmt zu.

Von den vorigen Regierungen wurden diese Probleme nicht wahrgenommen oder verharmlost. Deutschland sei gut durch die Krise gekommen und auch ein Modell für Europa, so lauteten die Botschaften. Eine Fortführung der bisherigen Politik war aus diesem Blickwinkel die logische Konsequenz. „Mehr Wettbewerb“ war und bleibt die Zauberformel. Zwar wurden die mangelnden Investitionen durchaus als Problem angesehen, Lösungsperspektiven wurden aber wegen der kategorischen Weigerung, die Steuern zu erhöhen, und aufgrund der vermeintlichen Notwendigkeit, die angeblich überbordende Staatsverschuldung abzubauen, nicht in Betracht gezogen.

Die Agenda-Politik auf den Arbeitsmärkten hat zusätzlich dafür gesorgt, dass die Zahl der Arbeitslosen zwar abnahm, aber faktisch nicht mehr Arbeit geschaffen wurde: Das Arbeitsvolumen blieb annähernd gleich. Mehr Arbeitsplätze waren unter diesen Bedingungen im Wesentlichen eine Folge der prekären Umverteilung vorhandener Arbeit. Dies alles wurde aber konsequent ausgeblendet.

Die Richtungsentscheidung fiel letztlich zugunsten des „Weiter so“: Nach der Wahl und der Bildung einer großen Koalition bleibt es in wesentlichen Punkten bei der alten Politik. Markt-radikale Positionen prägen weiterhin die Politik. Gemessen an den außerordentlichen gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben in Deutschland und gemessen am umfangreichen Nachholbedarf, der nach einer langen Phase der wirtschafts- und sozialpolitischen Entstaatlichung entstanden ist, wird die aktuell praktizierte Politik diesem Anspruch nicht gerecht.

---

Die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* legte erstmals im November 1975 (kurz nach Verabschiedung des 1. Haushaltsstrukturgesetzes, mit dem der Sozialabbau in der Bundesrepublik eingeleitet wurde) ein „Memorandum für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik“ vor. Seit 1977 wird in jedem Jahr in der Woche vor dem 1. Mai ein weiteres Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik veröffentlicht.

Mittlerweile gilt das Memorandum vielfach als „Gegengutachten“ zum jährlichen Gutachten des „Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (der „fünf Weisen“).

---

**Kontakt:**

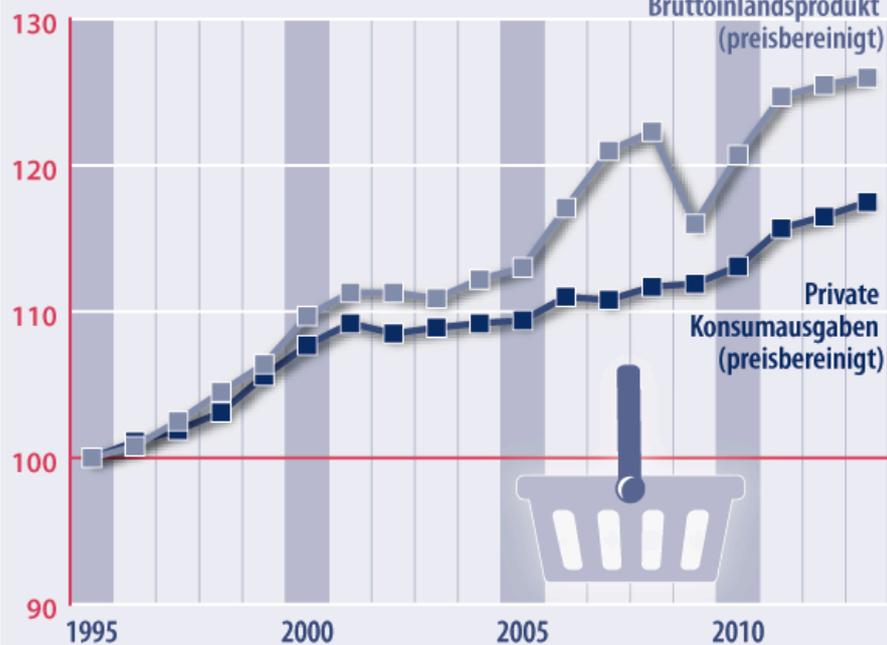
Gunter Quaißer, memorandum@t-online.de      069 26 02 49 50      0179 453 81 25  
Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup 0160 94 47 99 84      Prof. Dr. Mechthild Schrooten 0178 780 78 44

Material

## Konsumnachfrage abgehängt

### Entwicklung von Wirtschaftswachstum und privatem Konsum

(Jahr 1995 = 100)

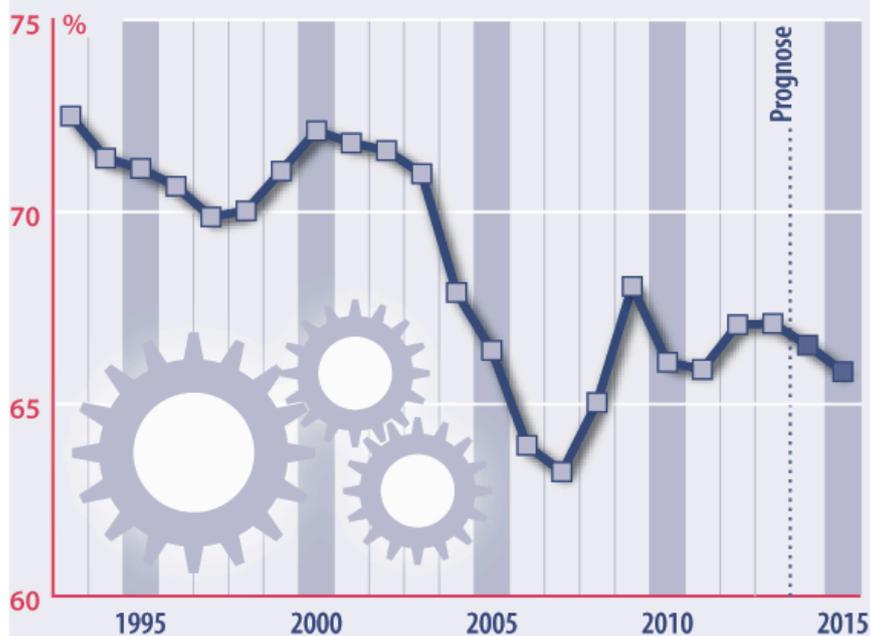


Quelle: Statistisches Bundesamt:  
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
MEMORANDUM 2014

## Entwicklung der Lohnquote

### Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen

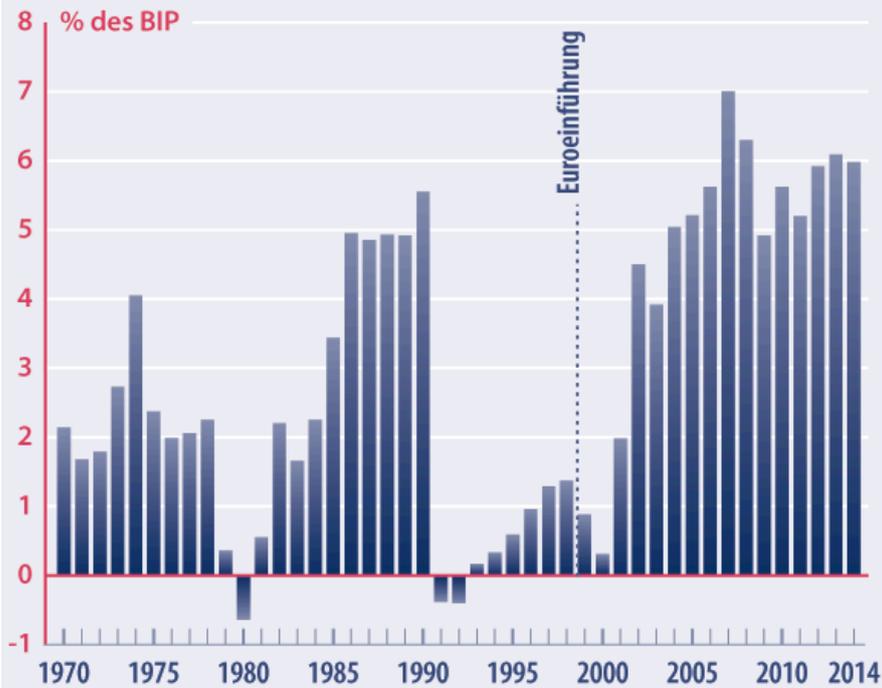


Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamt-

© ARBEITSGRUPPE  
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

## Deutscher Exportüberschuss

Saldo Waren und Dienstleistungen 1979 – 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.  
 Prognose für 2013/14: Gemeinschaftsdiagnose Oktober 2013.

© ARBEITSGRUPPE  
 ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK  
 MEMORANDUM 2014